

# Haushaltsrede 2010

CDU-Fraktion --- 25. März 2010

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrter Vertreter der Presse!

Meine Ausführungen zum Haushalt 2010 und den Beratungen in den Ratsgremien möchte ich mit einer Frage beginnen:

Haben die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkampf damit gerechnet, dass der Haushalt 2010 mit einem Defizit von 4 Mio. Euro abschließen wird?

Wohl kaum! Denn im Sommer 2009 war die Welt noch in Ordnung. Grund für diese gute Finanzlage war sicherlich auch die mit Augenmaß von der CDU-Mehrheitsfraktion betriebene solide Haushaltspolitik, in der vielfach gegen die Stimmen der jetzigen Ampelkoalition Projekte durchgesetzt wurden, die sich heute wie selbstverständlich alle auf ihre Fahnen schreiben. Erinnerung sei, mit SPD, Grünen und wie immer allen voran mit der FDP gäbe es heute ohne den Franz-von-Assisi-Schulstandort keine Beverhalle, kein Sportzentrum und auch keinen Schützenplatz. Hier versuchten sogar die vorgenannten Parteien mit einem der ersten Bürgerentscheide in NRW dieses Großprojekt zu verhindern. Auch das von den der Bürgerschaft gelobte Pättkesnetz rund um Ostbevern gäbe es nicht, wenn sich die CDU nicht mit ihrer Mehrheit durchgesetzt hätte. Trotz aller zukunftssträchtigen Investitionen haben wir nie die Familien in Ostbevern aus den Augen verloren und in den Vereinen das Ehrenamt unterstützt. Und mit der von uns maßgeblich getragenen, von sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Kompetenz geprägten Politik haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass unserer Ostbevern und seine Bürgerinnen und Bürger mit der Situation Mitte 2009 zufrieden sein konnten.

Warum stellen wir dem Ausblick auf 2010 den Rückblick auf das Geleistete voran?

Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass wir uns wie bisher auch in der Zukunft – ob mit oder ohne absoluter Mehrheit - ob bequem oder unbequem – uns für das Wohl unserer Gemeinde und aller in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger einsetzen werden. Deshalb haben wir vorausschauend im Wahlkampf darauf hingewiesen, dass uns in den zukünftigen Jahren – ohne Verschulden aller – wirtschaftlich der Wind ins Gesicht blasen wird. Wir haben mit unsrer viel gescholtenen absoluten Mehrheit verhindert, dass ohne Prüfung von Alternativen „Leuchtturmprojekte“ noch im alten Rat durchgewinkt wurden. Konkret werden wir nachfolgend diese Projekte ansprechen. Und ehrlich gesagt: Mit einem Haushaltsloch von mehr als 4 Mio. Euro für das Jahr 2010 haben wir im Sommer 2009 auch nicht gerechnet und leider ist für die Folgejahre nicht mit wesentlichen Verbesserungen zu rechnen.

Wir als CDU sehen uns nach wie vor als stärkste Fraktion in der Verantwortung, mit den nicht von uns zu verantworteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden. Wir werden allerdings unsere Haltung zu diesem Haushalt und zu denen in den Folgejahren an unseren Wahlaussagen ausrichten und versuchen, Mehrheiten für unsere Positionen zu gewinnen. Wir sind unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern verpflichtet, zu unseren Aussagen zu stehen und werden wie bisher um das Beste für Ostbevern ringen.

Nun zum eigentlichen Haushalt und beginnen möchte ich mit den viel zitierten „Leuchtturmprojekten“!

Was wird nun mit dem „Bürgerrathaus aus einem Guss“ für das sich insbesondere die FDP mit Grünen und SPD so eingesetzt haben?

Unsere Position ist auch heute unverändert. Wir brauchen bessere und funktionale Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Gleichzeitig müssen aber auch die äußeren Bedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass insbesondere Ratsuchende in sozialen Fragen aufgrund der räumlichen Enge ein diskretes Umfeld vermissen. Aber braucht man dazu – und das bei klammer Kassenlage – sofort ein neues Rathaus. Wir haben Alternativen aufgezeigt, mit denen die Anforderungen einer gut funktionierenden und gleichzeitig bürgerfreundlichen und zentralen Verwaltung auch auf längere Sicht hätten umgesetzt werden können. Ob wir uns zukünftig einen Neubau leisten können, steht heute noch in den Sternen. Die in der Finanzplanung für die nächsten Jahre eingestellten Mittel haben u. E. nur Alibifunktion.

Die Verwaltung hat sich mit der Neuordnung der Aufgabenstruktur dafür entschieden, den Standort in der ehemaligen Post zunächst beizubehalten und dort die Fachbereiche II und III zu etablieren. Der Bürgermeister verbleibt mit seinen Stabsstellen und dem Fachbereich I im Rathaus. Eine funktionale Lösung, jedoch die Enge bleibt. Viele Gründe, die damals als äußerst dringend für einen Rathausneubau ins Feld geführt wurden, bleiben auf der Strecke.

Die Investitionen für die angesprochene Neuorganisation sind mit € 80.000 veranschlagt. Wir tragen diese räumliche Lösung mit, weil dadurch zunächst der größte „Druck vom Kessel“ genommen wird. Wir werden uns auch weiterhin für finanzierbare Verbesserungen für Verwaltung und Bürgerschaft einsetzen und hoffen, dass die bisher getätigte Planung mit den damit verbundenen Kosten noch nutzbringend verwertet werden kann.

Gottlob konnten wir einen Bühnenanbau an die Turnhalle der Josef-Annegarn-Schule für Schulkulturarbeit verhindern, der losgelöst vom Bau der notwendigen Mensa geplant war. Mit dieser Variante wäre keiner froh geworden.

Die nun gefundene Lösung beinhaltet nicht nur Raum für Schulkulturarbeit sondern auch die Möglichkeit, ohne Beeinträchtigung von Schul- und Vereinssport kulturelle Veranstaltungen auszurichten. Darüber hinaus kann der Bühnenraum als Unterrichts- und Übungsraum für musikbegeisterte junge Menschen genutzt werden. Die Mensafläche ist auf den erhöhten Bedarf, der aus den zunehmenden Ganztags-schulangeboten resultiert, ausgelegt.

Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit der Fraktion der Grünen auch die übrigen Ratsfraktionen von der Zweckmäßigkeit dieser „Vielseitigkeitsmensa“ überzeugen konnten. Mit der Realisierung dieses Projektes konnten wir eine wesentliche Wahlaussage umsetzen. Allerdings machen wir auch deutlich, dass diese „Vielseitigkeitsmensa“ Ostbevern finanziell stark in Anspruch nimmt. Das zukunftsorientierte Konzept dieser Mensa und die vielseitigen Nutzungsmöglichkeiten rechtfertigen jedoch diese finanzielle Kraftanstrengung, von der nicht nur Schülerinnen und Schüler sondern die gesamte Gemeinde profitieren werden.

Seit fast drei Jahren wird über ein Begegnungszentrum in Ostbevern diskutiert, das auf dem Gelände des ehemaligen Umspannwerkes errichtet werden könnte. Heute entfaltet hier in einem der Gebäude der „Fair-Teiler“ sein segensreiches Engagement für in Not geratene Mitmenschen.

Aber was wird aus dem Projekt Begegnungszentrum auf dem verbleibenden Gelände?

Nach vielen Diskussionen bestand Einigkeit darüber, das Jugendwerk aus dem bisher angemieteten Domizil im Gewerbegebiet in diesen Bereich umzusiedeln. Jugendliche wurden in die Planung innerhalb eines „Partizipationsprojektes“ eingebunden, die mit Unterstützung von Architekturstudenten beachtliche Ergebnisse erarbeitet haben. Die Entwicklung und Verabschiedung eines Gesamtkonzeptes steht leider noch aus.

Der im Hauptausschuss beratene Antrag von Startbahn e.V. zur Überlassung von Räumlichkeiten zur Durchführung eines Integrations- und Motivationsprojektes durch den Boxsport und Nachhilfe fand inhaltlich einhellige Zustimmung. Vor einer abschließenden Entscheidung muss jedoch – gemeinsam mit dem Jugendwerk – ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Man kann nicht drei Jahre junge Menschen für ihr Projekt arbeiten lassen um sie dann bei Entscheidungen dazu außen vor zu lassen. Besser kann man nicht demotivieren!

Leider vermittelte der informierende Vereinsvorsitzende den Eindruck, als habe der Ausschuss keine andere Wahl, dieses Geschenk zum „Nulltarif“, nur Materialkosten seien zu tragen, anzunehmen, da sonst das Projekt stark gefährdet sei. Berechtigte Fragen wurden in unerträglicher Arroganz abgebugelt.

Ein solcher Umgang mit Ausschussmitgliedern, die ehrenamtlich für die Gemeinde die politische Verantwortung übernehmen, ist unanständig. Auch in seiner Funktion als Ratsmitglied hätte der Vortragende wissen müssen, dass sich der Ausschuss nicht nur ein Bild über das Projekt sondern auch über dessen Folgen und Auswirkungen machen muss, damit abschließend jeder für sich nach eigenem Gewissen – und nicht nach Weisung – entscheiden kann. Die Beantwortung sachdienlicher Fragen ist darum Voraussetzung für eine Entscheidung und keine „Majestätsbeleidigung“.

Trotz dieses unrühmlichen Informationsversuchs sind wir bereit, zusätzlich zu den Planungskosten vorsorglich € 50.000 für Materialkosten einzustellen, um bei einer Einigung mit dem Jugendwerk auf ein Gesamtkonzept kurzfristig handlungsfähig zu sein. Auch tragen wir den Ansatz für Baukosten in Höhe von € 500.000 in der

Finanzplanung 2012 mit, um damit Zeichen zu setzen. Für uns gilt die Prämisse: Nur gemeinsam mit dem Jugendwerk kann ein solches Projekt erfolgreich sein!

Zukünftig erwarten wir vom Sitzungsleiter, hier wäre der Bürgermeister gefragt gewesen, die jeweils Vortragenden auf ihre Informationspflichten hinzuweisen.

Wir sind froh, dass nun eine Einigung in Grundstücksfragen für das Baugebiet „Kokamp“ zwischen Eigentümern und Gemeinde erzielt werden konnte, was den weiteren Weg zur Erschließung und zu Vermarktung der Grundstücke für dieses Vorhaben ebnet. Ebenso wird dadurch die für uns wichtige Westumgehung bezüglich der Grundstücksfragen in dem entsprechenden Abschnitt abgesichert.

In der weiterhin zu klärenden Frage „Wirtschaftswegebau“ haben sich ja für die FDP ganz neue Horizonte eröffnet. Es ist schade, dass dieses von den Landwirten und dem Arbeitskreis Landwirtschaft der CDU gemeinsam erarbeitete Konzept erst jetzt bei der FDP Beachtung findet.

Bereits im Mai 2007 hatte die CDU-Fraktion mit einer Anfrage die nun jetzt gefundene Lösung ins Gespräch gebracht. Seinerzeit wurde diese Anfrage vom Städte- und Gemeindebund negativ beantwortet, da es keine gesetzliche Grundlage für ein solches Modell gäbe und in einer Informationsveranstaltung haben sowohl die Interessensvertretung der Landwirtschaft als auch der Städte- und Gemeindebund uns zu verstehen gegeben, dass mit einer entsprechenden Regelung nicht zu rechnen sei. Damals wurde insbesondere seitens der FDP unser mit der Landwirtschaft erarbeitetes Modell als Hinhalte- und Verzögerungstaktik angeprangert. Wir freuen uns, wenn heute die FDP dieses noch immer von uns favorisierte Modell in einer Verpackung mit dem Etikett „Landwirtschaft“ als die Lösung ansieht. Wir als CDU werden jedenfalls versuchen, auf der politischen Schiene im Interesse der Landwirtschaft und einer einvernehmlichen Regelung diesen Vorschlag auf eine rechtlich abgesicherte Basis zu stellen. In Anbetracht keiner konkreten Bauvorhaben und unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage ist eine Streichung der Ansätze für Wirtschaftswege sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite gerechtfertigt.

Besondere Sorgen machen uns unsere Straßen. Der lange Winter hat deutliche Spuren hinterlassen, deren Beseitigung einen erheblichen Mehraufwand gegenüber dem ursprünglichen Ansatz ausmachen wird. Unserem Antrag, durch eine Schadensanalyse den tatsächlichen Reparaturaufwand zu ermitteln ist die Verwaltung parallel gefolgt und hat eine Erhöhung des Ansatzes vorgeschlagen. Wir gehen davon aus, dass der neue Haushaltsansatz von zusätzlich € 50.000 ausreicht. Sollte sich jedoch noch zusätzlicher Bedarf ergeben, so stehen wir einer nachträglichen Bereitstellung von Mitteln positiv gegenüber.

Die Position des Kämmerers ist aus bekannten Gründen vakant. Der vorgesehene Nachfolger hat sich nachvollziehbar für eine andere Position entschieden. Deshalb favorisiert der Bürgermeister mit seinen Mitarbeitern ein neues Organisationsmodell, mit dem durch Umverteilung der Aufgaben von einer Neueinstellung abgesehen und die Kämmererfunktion innerhalb der Verwaltung verantwortlich geregelt werden kann.

Diese Vorgehensweise findet unsere Unterstützung. In einer Position möchten wir jedoch sachliche Vorbehalte anmelden. Die neu geschaffene Stelle „Familien- und

Kulturbeauftragte“ vermittelt für den Außenstehenden den Eindruck, dass zukünftig alle Aktionen von den heute in diesen Bereichen erfolgreich im Ehrenamt tätigen Damen und Herren mit der Verwaltung abzustimmen sind bzw. von der Verwaltung vorgegeben werden. Das würde sehr schnell Engagement und Motivation mit dem Hinweis lähmen: „Das können ja die Verantwortlichen in der Verwaltung machen, die werden dafür bezahlt!“. Eine solche Entwicklung wäre sehr bedauerlich und stände im Widerspruch zu unserem bisherigen Vorgehen, wonach die Vereine, sprich das Ehrenamt, finanziell gefördert werden, ohne Personal in der Verwaltung mit zusätzlichen Kosten zu binden.

Deshalb bitten wir die Verwaltung, allen davon betroffenen „Ehrenamtlichen“ schnellstens die Ziele und Auswirkungen dieser neuen Stelle zur Vermeidung einer solchen Entwicklung zu erläutern.

Nun kommen wir zu den freiwilligen Leistungen, die wir mit folgender Aussage unseres Bürgermeisters anlässlich eines Diskussionsabends im Beverhof im August 2009 einleiten möchten.

Dort führte er aus: Klar für ihn sei, dass die Gemeinde **„wenn uns der Himmel auf den Kopf fällt“** verpflichtet sei zu sparen. Der Gesetzgeber schreibe vor, dann freiwillige Leistungen an Vereine und Institutionen zu streichen. **„Das würde ich in keinem Fall tun, um die Netzwerke vor Ort nicht zu zerschlagen, auch wenn ich dafür mit Konsequenzen rechnen müsste“** Dabei merkte er auch an, dass mit 20000 oder 30000 Euro, die dadurch eingespart werden könnten, eine Krise nicht in den Griff zu bekommen sei.

FDP, Grüne und SPD spendeten Beifall und versuchten zu unterstellen, der CDU-Kandidat habe vor, in einem solchen Fall Mittel zusammenzustreichen.

Das war Wahlkampf, nun sind wir in der Realität angekommen!

Wir freuen uns, dass wir trotz des Haushaltsloches von ca. 4 Mio. € fast allen Vereinen, Institutionen und Gruppierungen entsprechend der Förderrichtlinien und der bisherigen Praxis bei Mittelvergabe bei Vereinsinvestitionen die entsprechenden Fördermittel bereitstellen konnten. Auch für die Nachtbusverbindungen nach Münster am Wochenende und zusätzlich Nachmittagsfahrten zwischen Brock und Dorf sind Mittel neu eingestellt worden. Auch für den Erntedankumzug ist die gemeindliche Zuwendung um 50 % erhöht worden.

Nur ein Verein wurde abgestraft! Dem Reit- und Fahrverein Ostbevern wurde die Förderung ihrer Investitionen für einen neuen Dressurplatz und für die Erneuerung des Hallenbodens in der bisher üblichen Höhe gekürzt bzw. ganz versagt. Begründet wurde dies mit dem Einwand, sparen zu müssen und der Dressurplatz sei eine „Luxusausführung“. Beim Hallenboden vermisste man die Eigenleistung und erst im letzten Jahr sind namhafte Beträge für die Erneuerung des Hallendaches geflossen.

Wir schließen uns dieser Argumentation nicht an, denn wir stehen zu unseren Versprechungen im Wahlkampf. Wenn die Ampelkoalition meint, „der Himmel falle uns bereits auf den Kopf“ und im Gegensatz zu ihren Versprechungen Mittel kürzen will, dann müsste dies bei allen gestellten Anträgen im gleichen Umfang geschehen. Nur so können die Anforderungen einer Gleichbehandlung erfüllt werden. Peinlich

empfinden wir es zudem, wenn eine Partei anlässlich der Erringung einer Europameisterschaft sich im Erfolg einer Reiterin medienwirksam sonnt um anschließend die für solche Erfolge erforderlichen Trainingsmöglichkeiten als Luxus abqualifiziert.

Wenn die Politik aus wirtschaftlichen Gründen die Notwendigkeit sieht, eine Änderung der Förderpraxis herbeizuführen, dann muss dies durch Änderung bzw. Konkretisierung der zukünftigen Förderpraxis geschehen. Rückwirkende Änderungen bekommen den Anschein von Willkür und wirken demotivierend.

Unsere Auffassung, der derzeitig Haushalt enthält bereits eine Vielzahl von Förderungen, die in erster Linie sozial Schwachen zugute kommen sollten, ist Anlass für alle Fraktionen, diese Ansätze dem Bedarf insbesondere für bedürftige Personengruppen zu sichern. Diese von uns vorgeschlagene Prüfung veranlasste uns, Mittel in Höhe von € 2.500 für einen Sozialpass einzustellen und damit dem abgewandelten Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Eine entsprechende Förderrichtlinie wird erarbeitet.

Wir danken allen Damen und Herren, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Allgemeinheit stellen und somit einen wesentlichen Anteil am guten Ruf der Marke Ostbevern haben und dazu beitragen, dass sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ostbevern wohlfühlen. Dank aber auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihre bürgerfreundliche, engagierte Arbeit und für die uns immer gewährte Unterstützung bei der Wahrnehmung unserer Aufgaben.

Wie bereits Eingangs gesagt, ist unsere derzeitige wirtschaftliche Situation nicht hausgemacht! Unser Haushalt wird in erster Linie geprägt von der negativen wirtschaftlichen Entwicklung und von Gesetzen in Bund und Land, die den Gemeinden unzumutbare Lasten aufbürden. Auch darf es keine Beschlüsse in Sachen Steuern zum Nachteil der Gemeinden geben. Hier werden die Interessensvertreter der Gemeinden und auch wir in unseren politischen Gremien alles tun müssen, damit den Städten und Gemeinden geholfen wird bzw. eine Entlastung erfolgt. Denn wenn die unterste Politische Einheit ins Wanken gerät, ist unser Gemeinwesen insgesamt bedroht.

Wir müssen vor allen Dingen Ausgabendisziplin an erste Stelle setzen und alles in unseren Kräften stehende tun, eine Haushaltssicherung zu verhindern. Insbesondere müssen wir Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Kommunen verstärkt nutzen und jeden Cent dreimal umdrehen, bevor wir ihn endgültig ausgeben.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2010 ist in der Realität angekommen. Projekte, die Mitte 2009 von SPD, Grünen und FDP noch als finanzierbar angesehen wurden, mussten aufgegeben, aufgeschoben oder umgestaltet werden. Dabei ist vieles so umgesetzt worden, wie wir es vor der Wahl als unsere Zielvorstellungen formuliert haben. Was die Förderung des Ehrenamtes angeht, werden gemachte Wahlversprechen leider nicht eingehalten und dabei auch noch der Gleichbehandlungsgrundsatz missachtet. Darüber hinaus muss sich die Neuorganisation der Verwaltung in der Praxis noch bewähren und nach Möglichkeit zur Endbürokratisierung führen.

Trotz einiger für uns nicht zufriedenstellender Mehrheitsbeschlüsse spiegelt dieser Sparhaushalt das Machbare und überwiegend auch das von uns gewollte wieder. Deshalb stimmt die CDU-Fraktion dem Haushalt 2010 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Donnerstag, 25. März 2010, 18.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -